
Niederösterreich im 20. Jahrhundert: ein (Teil-)Überblick

Rezension von: Niederösterreichisches Landesarchiv (Hrsg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar 2008, 3 Bände, XXXIV + 2.334 Seiten, € 99.

Wer die drei schwergewichtigen Bände des vorliegenden Werks durchsieht, wird vergeblich nach einem Vorwort der Herausgeber suchen, in dem diese ihre Absichten darlegen. Auch ein Resümee des Gesamtprojekts, woraus Letztere hervorgehen könnten, fehlt. Auf dem digitalen Waschzettel, der auf der Internetseite des Verlags aufgerufen werden kann, findet sich folgender Satz: „Das dreibändige Werk stellt die Gesellschaft Niederösterreichs im kurzen 20. Jahrhundert erstmals umfassend dar und behandelt Politik, Wirtschaft und Kultur zwischen dem Zerfall der Habsburgermonarchie 1918 und Österreichs EU-Beitritt.“ Diese Formulierung erweckt die Hoffnung, ein Handbuch der Gesellschaftsgeschichte vor sich zu haben.

Der erste Band „Politik“ erfüllt diese Hoffnung in hohem Maße. Die Konzeption des Bandes folgt, wie die Herausgeber Stefan Eminger und Ernst Langthaler in der Einleitung erklären, „dem Bestreben, das Politische in zwar nicht vollständiger, aber doch vielfältiger Weise in den Blick zu nehmen“ (S. X). Der inhaltliche Schwerpunkt liegt auf der Makropolitik, also der Geschichte von Landtag und Landesverfassung, von Parteien und Interessenverbänden. 26 AutorInnen aus verschiedenen Fachdisziplinen verfassten die Beiträge. Überblicks-

artikel stehen neben Fallstudien. Abgeschlossen wird der Band von einer Zusammenfassung.

Peter Mähner weist in seinem Beitrag darauf hin, dass die räumlichen Grenzen des Untersuchungsobjekts nicht so selbstverständlich sind, wie sie uns gegenwärtig erscheinen. Die Außen- und die Binnengrenzen Niederösterreichs änderten sich bis in die 1950er Jahre mehrmals, wobei die Verschiebungen der letzteren weit bedeutender waren. Am 1.1.1922 trennten sich Wien und Niederösterreich und konstituierten sich auf der Grundlage des so genannten Trennungsgesetzes als selbstständige Bundesländer. In der nationalsozialistischen Periode wurde das Burgenland aufgelöst, und seine nördlichen Bezirke fielen an den „Reichsgau Niederdonau“, der allerdings Gemeinden im Wiener Umland an den „Reichsgau Wien“ verlor. Erst seit 1.9.1954 hat Niederösterreich seine heutigen Grenzen.

Mit der politischen Herrschaft in den durch die Brüche 1938 und 1945 definierten Teilperioden befassen sich die überaus lesenswerten Überblicksartikel von Josef Prinz (Erste Republik), Klaus-Dieter Mulley (Niederdonau) bzw. Wolfgang Mueller (Zweite Republik).

Den Themen Verfassung und Verwaltung, politische Eliten, Landtagswahlen, politische Parteien (Christlichsoziale, Heimwehr, Volkspartei, Sozialdemokratie, KP, nationales Lager, Grüne) und Interessenverbände (Gewerkschaften und Arbeiterkammer, Unternehmerverbände, Agrar-Korporatismus) widmen sich weitere Übersichtsartikel.

Sowohl Wolfgang Mueller als auch Ernst Bruckmüller in seinem ausgezeichneten Resümee des ersten Bandes setzen sich mit jenen beiden

Fragen auseinander, deren Beantwortung wohl die meisten Beobachter der Politik in Niederösterreich am meisten interessiert: Wie kommt es, dass die ÖVP, welche bei der ersten Nachkriegswahl im November 1945 die absolute Mehrheit im Landtag gewann, seitdem durchgehend die herrschende Partei geblieben ist?¹ Und wieso dominiert innerhalb der ÖVP weiterhin der Bauernbund, obwohl das Land seit Langem eine weitgehend nichtagrarische Gesellschaftsstruktur aufweist?

Die beiden Autoren führen u. a. folgende Erklärungsfaktoren an:

1.) Infolge der proporz- bzw. konkordanzdemokratischen Landesverfassung ist die zweite Großpartei, die SPÖ, zum Mitregieren gezwungen. Sie hat die Gesamtpolitik der Landesregierung zwar mitzuverantworten, kann sie aber nicht zuletzt aufgrund der in der Landesverfassung vorgesehenen Mehrheitsbeschlüsse in der Landesregierung nicht maßgeblich mitbestimmen. Sich im demokratischen Wettbewerb konsequent als Kontrollkraft oder politische Alternative zu präsentieren, dazu hat die SPÖ kaum Gelegenheit. Die Partei des Landeshauptmanns ist daher mit keiner ernsthaften Konkurrenz konfrontiert.

2.) Das Wahlrecht bevorzugt die Großparteien. Je größer die Partei, desto stärker wird sie begünstigt. Mueller nennt als Beispiel die Wahlergebnisse des Jahres 2003: Aus einer 53,3%-Stimmenmehrheit der ÖVP wurde eine 55,3%-Mandatsmehrheit und schließlich eine 66,6%-Mehrheit in der Landesregierung.

3.) So paradox es klingen mag: Die – im Vergleich zu Bundes- und EU-Ebene – eher geringen Kompetenzen der Landespolitik dürften zur Fortdauer der Herrschaftsverhältnisse im Land beitragen: Der Landeshauptmann und

seine Partei können vom Wahlvolk an den Urnen kaum für Fehlentscheidungen bestraft werden, da sie mangels entscheidender Kompetenzen nur wenig Möglichkeiten haben, gravierende Fehler zu machen. „Der Landeshauptmann tritt dem Wählervolk zumeist als gütiger und spendabler ‚Landesvater‘ gegenüber, niemals schlüpft er in die Rolle des unsympathischen Finanzministers, der Steuern erfindet und einhebt.“ (Bruckmüller, S. 729)

4.) Gefestigt wird die Herrschaft der ÖVP „personell und wirtschaftlich durch Verflechtungen mit dem Raiffeisen-Verband samt Beteiligungen sowie mit der ... EVN“ (Mueller, S. 129).

5.) Ein besonderes Merkmal des „Systems Niederösterreich“ stellt zweifellos die Kontrolle wichtiger Medien durch die Landeshauptmann-Partei dar, v. a. des ORF-Landesstudios.²

6.) Die Volkspartei fungiert auch als Instrument des individuellen sozialen Aufstiegs und des Klientelismus. Die Bildung von zu Dank verpflichteten Gefolgschaften ist nach wie vor ein für den Machterhalt im Land wichtiges soziales Phänomen.³

7.) Die langfristige Dominanz des Bauernbundes führen die Autoren zu einem auf ausgesprochen geschickte Personalpolitik zurück, und zum anderen darauf, dass es diese Organisation verstanden hat, die traditionelle Identifikation von „ländlichem Raum“ mit „Bauerntum“ und „Bauernbund“ auch in jenen Kreisen zu behaupten, die räumlich, beruflich und sozial entfernt vom Ackerland leben.

Dem zweiten Band „Wirtschaft“ kann die Handbuch-Qualität nicht attestiert werden, zu groß sind hier die Lücken. Den Herausgebern dieses Bandes ist freilich zugutezuhalten, dass sie die Unvollständigkeit in der Einleitung eingestehen, etwa das Fehlen

von Beiträgen zur Gemeinwirtschaft, zum Bankwesen, den Eigentums- und Vermögensverhältnissen sowie zur Geschichte unternehmerischer Erfolge und Fehlschläge. Was dem Band allerdings am meisten fehlt, sind ein Überblicksartikel zur Entwicklung des Regionalprodukts im 20. Jahrhundert (langfristige Trends, Konjunkturzyklen, Lebensstandard) und ein Resümee. Auch Übersichtsbeiträge zur Industrie, zum Arbeitsmarkt (Beschäftigungsentwicklung, Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitformen etc.) und zur Ökonomie der Regionen (Viertel, niederösterreichische Teile der Agglomeration Wien, Regionalpolitik) sucht man vergeblich.

Immerhin enthält der Band eine Reihe von Überblicksartikeln überwiegend hoher Qualität zu wichtigen Themen wie Demografie, Verkehrswesen, Tourismus, Gewerbe, Energieversorgung und Landwirtschaft.

Beispielsweise bietet der Beitrag von Andreas Weigl über die demografische Entwicklung das, was man sich von einem Übersichtsartikel zu diesem Gebiet erwartet: eine textliche und (sehr übersichtlich gestaltete) tabellarische Einführung in die Bevölkerungsentwicklung und deren Ursachen, also natürliche Bevölkerungsbewegungen (Geburten- und Sterberaten) und Wanderungen (österreichische Binnenmobilität, grenzüberschreitende Zu- und Abwanderung) sowie über die Lebenserwartung, auch disaggregiert auf der Ebene der politischen Bezirke.

In der Zwischenkriegszeit stagnierte die niederösterreichische Bevölkerung im Großen und Ganzen. Von der späten Kriegsphase bis in die 1950er Jahre war ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, und zwar durch unmittelbare Kriegsfolgen, eine Abwanderungswelle aus der sowjetischen Besatzungszone in die westlichen Bundesländer

nach Kriegsende und die Landflucht. Die Volkszählung von 1961 registrierte 1,37 Mio. Einwohner. Seither steigt die Bevölkerungszahl wieder, zunächst als Konsequenz der Geburtenwelle der 1960er Jahre, dann durch die Suburbanisierung des Wiener Umlandes, die Zuwanderung aus Südosteuropa und zuletzt jene aus den neuen EU-Ländern. 2001 belief sich die Wohnbevölkerung auf 1,55 Mio. Personen. Weigl weist darauf hin, dass sich das Land in eine Zone des Bevölkerungswachstums und eine der Schrumpfung gliedern lässt: Starke Zuwächse wiesen das Wiener Umland sowie die Städte St. Pölten und Wiener Neustadt inkl. deren Umgebung auf, während sich die Bevölkerungszahl in den Bezirken des Wald- und des Weinviertels um $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ verringerte.

Im dritten Band „Kultur“ schließlich wird die Auslassung gleichsam zum Programm erhoben: Den Herausgebern dieses Teils „scheint es nicht mehr zwingend, dass ein Band ‚Kultur‘ Studien zu Literatur, Theater, Malerei und Musik in Niederösterreich beinhalten muss“ (S. X).⁴ Die Folgen sind absehbar: Ein Großteil der an kulturhistorischen Fragen interessierten Laien wird den Band nach Überprüfung des Inhaltsverzeichnisses enttäuscht weglegen. Ein Überblick zur Literatur in Niederösterreich im 20. Jahrhundert? Fehlt. Die wichtigsten Komponisten? Befragen Sie doch das Internet. Ein Beitrag über bedeutende Maler und Bildhauer? Wie kommen Sie auf die Idee, einen solchen in einem 600 Seiten starken Band über „Kultur“ zu finden? Darüber, wer – abgesehen von wenigen Spezialisten – die LeserInnen dieses Buches sein könnten, haben sich die Herausgeber augenscheinlich kaum den Kopf zerbrochen.

Aus diesen Bemerkungen sollte

nicht geschlossen werden, dass der dritte Band keine interessanten und auf hohem Niveau stehenden Beiträge enthält. Politische Öffentlichkeit, das sind zum einen Vereine und Interessenverbände als politischer Teil der Zivilgesellschaft und politische Parteien als Bindeglieder zwischen Gesellschaft und Staat, sowie zum anderen die Presse als Mitgestalter und Ausdruck der öffentlichen Meinung. Die Artikel zur Volksbildung, zur Kulturpolitik, zu den Konfessionen und zu den gedruckten Medien können auch als Beiträge zur politischen Öffentlichkeit in Niederösterreich gelesen werden und stellen eine wertvolle Ergänzung zu den Inhalten des ersten Bandes dar.

Resümierend bleibt festzuhalten, dass das dreibändige Werk eine Vielzahl von qualitativ hochwertigen und gut lesbaren Überblicksartikeln, Spezialbeiträgen und Fallstudien vereint. Die Hoffnung, ein Handbuch der Gesellschaftsgeschichte Niederösterreichs im 20. Jahrhundert vorzufinden, wird jedoch nur teilweise erfüllt. Rätselhaft ist für diesen Rezensenten, warum der Träger dieses umfangreichen und sicherlich sehr kostspieligen Projekts das Fehlen eines einheitlichen Gesamtkonzepts in Kauf nahm.

Martin Mailberg

Anmerkungen

- ¹ Hatte der Abstand zwischen ÖVP und SPÖ 1979, als die Sozialdemokraten von Hans Czettel geführt worden waren, „nur“ 4,2 Prozentpunkte betragen (49,6% : 45,4%), so vergrößerte sich die Kluft insbesondere im letzten Jahrzehnt dramatisch: Mit der famosen Heidemarie Onodi als Spitzenkandidatin erreichte die SPÖ 2008 erstaunliche 25,5%, womit der Abstand zwischen den beiden größten Parteien auf 28,9 Prozentpunkte (!) anstieg.
- ² Der gegenwärtige Landeshauptmann ist nicht unbedingt für ausgeprägte Medienscheu bekannt. Wer sich ein Bild vom Parteeinfluss auf das regionale Fernsehen machen möchte, dem sei empfohlen, einige Male die vom St.Pöltener Studio des (öffentlich-rechtlichen) ORF ausgestrahlte Vorabendsendung „Bundesland heute“ zu verfolgen.
- ³ Mueller (S. 128) führt in diesem Zusammenhang an, dass der ÖAAB, eine Teilorganisation der ÖVP, bei den Zentralpersonalvertretungswahlen der Landesbediensteten 1999 100% der Mandate errang.
- ⁴ Wieso, fragt sich der verblüffte Leser, kamen die Herausgeber mit diesem Pseudokonzept, welches Randthemen und Zugaben in den Mittelpunkt stellt, beim Projektträger durch?